

Offener Brief anlässlich der Demo "Leonberg bleibt bunt" am 28.01.2024

Am vergangenen Sonntag, den 28. Januar, nahmen wir an der Demo "Leonberg bleibt bunt" auf dem Marktplatz teil. Wir danken dem Orga-Team für seine Arbeit und den reibungslosen Ablauf. Wir danken auch allen Teilnehmenden, die zahlreich erschienen und mit vielen Plakaten deutlich machten, dass Rassismus und rechtsextremes Gedankengut keinen Platz in unserer Gesellschaft haben.

Wir waren jedoch entsetzt über die Beiträge einiger Redner. Wir wollen hier beispielhaft auf die Rede des Vertreters der Freien Wähler eingehen, jedoch ist unsere Kritik auch auf die Inhalte der Redner von CDU und FDP übertragbar. Diese Kritik besteht nicht darin, dass Vertreter*innen dieser Parteien sprechen, sondern bezieht sich konkret auf deren Inhalte und ihre Rhetorik.

Die Menschen auf dem Marktplatz hatten sich als Reaktion auf das Erstarken der faschistischen AfD, deren Pläne zu Massendepортationen anhand rassistischer und politischer Kriterien und der immer weiter um sich greifenden Gewalt gegen migrantische Menschen versammelt. Der Redner der Freien Wähler ging auf das Potsdamer Treffen so gut wie gar nicht ein. Stattdessen reproduzierte er die von der AfD vorgeschobene Narrative zu Migration als Ursache für die Unzufriedenheit derer, die AfD wählen. Er sprach unter anderem von „illegaler Migration“. „Illegale Migration“ existiert nicht. Es handelt sich um einen rechten Kampfbegriff. Es existieren keine legalen Fluchtwege, weshalb Menschen gezwungen sind, ihr Leben zu riskieren, um sich und ihre Kinder in Sicherheit vor Krieg und Terror zu bringen. Dies ist das direkte Ergebnis konservativer Abschottungspolitik.

Er sprach davon, die Kommunen seien mit der Aufnahme Geflüchteter überfordert. Dies entspricht in dieser Pauschalität nicht der Wirklichkeit. Überforderte Infrastruktur ist vielmehr eine Folge der jahrzehntelangen, irregeleiteten Sparpolitik, die gerade von CDU, FW und FDP forciert wurde und wird. Weiter bemühte er in seiner Rede die sogenannte, längst widerlegte Hufeisentheorie, nach der eine gleichermaßen große Gefahr für die Demokratie von „Links“ wie von „Rechts“ ausgehe. Uns sind keine rassistischen Deportationsfantasien aus dem progressiven Spektrum bekannt. Auch keine Angriffe auf die freiheitliche demokratische Grundordnung oder Anhänger linker Parteien, die mordend durch die Republik ziehen. Solche Angriffe kommen ausschließlich von rechts. Seit Jahren verhilft das Führungspersonal ausgerechnet dieser Parteien in Person von Herrn Merz, Herrn Lindner, Herrn Söder und Herrn Aiwanger um einige zu nennen, der AfD zu Aufwind, indem sie rechte Rhetorik und Hetze übernehmen, rassistische Pauschalurteile und Lügen über migrantische Menschen verbreiten.

Es ist aus unserer Sicht nicht akzeptabel, dass Vertreter*innen dieser Parteien ihre Reden auf einer Demonstration gegen Rassismus und Faschismus dazu nutzen, vom eigentlichen Problem des politisch auch durch sie selbst normalisierten rechten Gedankenguts abzulenken und stattdessen wiederum Migration und Flucht als Ursache für den Rechtsruck zu brandmarken. CDU-Mitglieder waren bei dem Treffen in Potsdam dabei. CDU-Mitglieder planen die Gründung einer weiteren extrem rechten Partei - der Werteunion. Sowohl CDU als auch FDP kooperieren seit Jahren auf kommunaler und sogar Länderebene mit der AfD. Kein Wort der Redner dazu.

Vielleicht sollten ihre Vertreter*innen fürs Erste aufmerksam denjenigen zuhören, die von den Deportationsfantasien der Gruppe Rechtsextremer aus AfD, CDU, Identitärer Bewegung und Industrie direkt betroffen sind: migrantische Menschen und diejenigen, die sich seit Jahrzehnten gegen Faschismus engagieren und die am Sonntag wieder einmal anhand der Hufeisenthese diffamiert wurden. Dabei wüssten wir ohne die Arbeit antifaschistischer Recherchegruppen nichts über das Potsdamer Treffen oder anderer rechtsradikaler Umtriebe im Land. Und, das wurde durch den Correctiv-Report deutlich, wären die Potsdamer Akteur*innen mit der Umsetzung ihrer antidemokratischen Pläne schon wesentlich weiter, wenn nicht so unerbittlicher Widerstand aus antifaschistischen Kreisen sie daran gehindert hätte.

Wir waren erfreut, dass es aus dem Publikum wenigstens vereinzelt Gegenrede und Buhrufe für diese unerträgliche, dem Zweck der Demonstration widerläufige Rhetorik gab. Wir ermutigen das Orga-Team der Demo, künftig zu überlegen, ob Parteienvertreter*innen wirklich die richtigen Redner*innen für eine solche Veranstaltung sind, oder ob es nicht angemessener wäre, vorrangig diejenigen sprechen zu lassen, die Ziel der rechten Aggressionen sind. Ihre Repräsentation wäre ungleich wichtiger und vor allem glaubwürdig.

Die Vertreter*innen von CDU, FW und FDP möchten wir auffordern, in ernsthafter Selbstreflexion zu überlegen, welche Mitverantwortung sie an der momentanen Situation, dem weit nach rechts verschobenen Fenster des Sagbaren und an der dramatisch steigenden Gewalt von rechts selbst tragen, die auch Tote unter ihren eigenen Reihen forderte: Walter Lübcke wurde von einem Anhänger der AfD ermordet, weil er sich für die menschliche Behandlung von Geflüchteten einsetzte.

Wir, die Seebrücke im Landkreis Böblingen e.V., sind und bleiben bedingungslos solidarisch mit Menschen, die freiwillig oder erzwungen ihre Heimat verlassen und in Deutschland ein neues Zuhause finden. Mit diesem offenen Brief tun wir, was von einigen Redner*innen explizit gefordert wurde: nicht zu schweigen, wenn rechte Rhetorik und rassistisch motivierte Unwahrheiten verbreitet werden. Die ebenfalls in den Reden beschworene Würde des Menschen ist nicht an Nützlichkeit oder wirtschaftliche Verwertbarkeit der Person gebunden. Migration kann nicht nur dann willkommen sein, wenn sie zu unserem Vorteil ist. Die Würde des Menschen gilt für alle Menschen, ohne Ausnahme. Dafür und für die Forderung nach sicheren und legalen Fluchtwegen steht die Seebrücke.